

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **71 (1991)**

Heft 5

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben»

Der mühsame Weg der baltischen Republiken in die Unabhängigkeit

Aus der Sicht der Esten, Letten und Litauer ist alles, was die Moskauer Zentralregierung seit 1990 in bezug auf das Baltikum angeordnet und durchgesetzt hat, eine ungesetzliche Einmischung einer fremden Macht in die inneren Angelegenheiten demokratischer Staaten. Umgekehrt wirft der Kreml den baltischen Republiken vor, seit zwei Jahren die sowjetische Verfassung auf das Größte zu verletzen und sich auch sonst Rechte anzumassen, die ihnen nicht zustehen.

Vor diesem Hintergrund, der zudem auch alle übrigen, den katastrophalen Zustand der Sowjetunion kennzeichnenden Elemente enthält, haben die jüngsten Geschehnisse in den drei Ostseerepubliken zweifellos eine Stärkung der baltischen Position bewirkt. Das bezieht sich vor allem auf die brutale Anwendung militärischer Gewalt durch die sowjetische Zentralmacht in Litauen und Lettland im Januar sowie auf die Volksbefragungen in den baltischen Staaten im Februar und März dieses Jahres. Was von den Moskauer reaktionären Kräften und deren Helfershelfern in Vilnius und Riga als Staatsstreich geplant war, gewissermassen als Neuaufgabe oder Annexion von 1940, erwies sich letztlich für den Kreml als eindeutig kontraproduktiv. Die beiden Blutsonntage führten erstens zu einer beachtlichen internationalen Aufwertung der im Frühjahr 1990 demokratisch gewählten baltischen Regierungen und zweitens zu einem engeren Zusam-

menrücken der im Baltikum lebenden Nationalitäten, einschliesslich der Russen. Plötzlich sah man sich im sechsten Jahr der Gorbatschowschen Perestroika erneut mit der Angst konfrontiert, der Angst vor dem Neo-Stalinismus, dem die reaktionäre Moskauer Zentralmacht anheimzufallen schien. Diese gemeinsame Angst hat, wie die bald darauf durchgeführten Volksbefragungen zeigten, viele Spannungen vermindert, die zwischen den Esten, Letten, Litauern einerseits und den Russen, Ukrainern, Weissrussen und Polen andererseits zweifellos bestehen.

Aus der engeren Umgebung Gorbatschows ist bekannt geworden, dass es vor allem die Solidaritätsbekundungen der USA sowie fast aller europäischen Staaten für die drei baltischen Republiken waren, die den sowjetischen Präsidenten betroffen gemacht haben. Und man geht wohl kaum fehl in der Annahme, dass gerade diese, durch die Gewaltaktionen im Baltikum ausgelösten aussenpolitischen Rückschläge ihn, wenngleich halbherzig, veranlassten, seine unmittelbare Verantwortung für das brutale Vorgehen der sowjetischen Fallschirmjäger und MWD-Sondertruppen zu leugnen. Immerhin ging damit zu viel von dem zu Bruch, was er zusammen mit Aussenminister Schewardnadse in den vergangenen Jahren mühsam aufgebaut hatte.

Als unmittelbare Folgen des Panzerinsatzes in Vilnius und Riga wären hervorzuheben: Die Parlamente von

Ungarn und der Tschechoslowakei, alle skandinavischen sowie mehrere west- und osteuropäische Regierungen erhoben in Moskau unverzüglich Protest; der USA-Senat, der Weltwährungsfonds, die Weltbank und die EG legten Wirtschaftshilfe in Milliardenhöhe auf Eis; mehrere, seit langem feststehende Kreml-Besuchstermine wurden abgesagt, und wer dennoch fuhr, konfrontierte Gorbatschow unverzüglich mit seiner Missbilligung des sowjetischen Vorgehens im Baltikum; und schliesslich öffneten sich plötzlich für die baltischen Ministerpräsidenten und Außenminister auch die Türen in den westeuropäischen Metropolen, in denen man sie aus Rücksicht auf Gorbatschow und aus eng verstandenem nationalem Interesse bislang nicht hatte empfangen wollen — so beispielsweise in Bonn.

Nicht minder hoch einzuschätzen sind die innersowjetischen Sympathiebekundungen für die baltischen Republiken. Denn wie immer sich letztendlich das Ausscheiden Estlands, Lettlands und Litauens aus der Sowjetunion vollziehen sollte, das Votum der übrigen 12 SU-Republiken im Moskauer Obersten Sowjet kann weder von Gorbatschow selbst, noch von den ihn stossenden, beziehungsweise bremsenden reaktionären Kräften ignoriert werden. Das gilt natürlich vor allem für die Russische Föderation und ihren Parlamentspräsidenten Boris Jelzin. Darum war es für die baltischen Republiken so wichtig, dass Jelzin noch am Abend des Blutsonntages von Vilnius unverzüglich nach Tallinn flog und dort zusammen mit den drei baltischen Parlamentspräsidenten (Landsbergis wurde aus Vilnius per Telefax dazugeschaltet) eine Erklärung unterschrieb, in der es u. a. heisst:

«In Kenntnis der realen Gefahr für die Menschenrechte aller Bürger des Baltikums (auch der russischen) erklären die Unterzeichner für den Fall der Gefährdung der Souveränität ihrer Staaten ihre Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe und Unterstützung.»

Da die drei baltischen Republiken sich bereits im Frühjahr 1990 für souverän erklärt haben und die angesprochene Gefährdung für jeden erkennbar nur von der sowjetischen Zentralmacht ausgehen kann, kommt dieses Dokument vom 11. Januar 1991 praktisch einem gegen die Sowjetunion gerichteten gegenseitigen Beistandspakt zwischen Russland, Estland, Lettland und Litauen nahe. Ebenso erbot sich über diesen «antisowjetischen Pakt von Tallinn» war Gorbatschow auch über den am gleichen Tage an Perez de Cuellar gerichteten Hilferuf der vier Präsidenten. Sie forderten die unverzügliche Einberufung einer internationalen Konferenz zur Lösung der baltischen Frage unter UNO-Aufsicht.

Auf einen Nenner gebracht, führen alle Reaktionen auf den Moskauer Militäreinsatz gegen die legal gewählten Parlamente und Regierungen des Baltikums zur Erkenntnis, dass es sich bei der Sezession der drei Republiken nicht mehr um ein «ob», sondern nur noch um das «wie» handeln kann.

Eine rechtliche wie auch politische neue Dimension erhielt das baltische Problem durch die Referenden mit ihren unerwartet hoch ausgefallenen Bekenntnissen der Gesamtbevölkerung zur Loslösung von Moskau: 90 Prozent der Wahlberechtigten in Litauen, 78 Prozent in Estland, 74 Prozent in Lettland. Diese Ergebnisse haben aus zwei Gründen besonderes Gewicht. Erstens konnten sich viele als Beobachter nach Tallinn, Riga und Vilnius ent-

sandte europäische Parlamentarier selbst vom korrekten und demokratischen Verlauf der Volksbefragungen überzeugen. Zweitens stimmte auch ein Grossteil der nicht-autochthonen Bevölkerung für die Restaurierung der bis 1940 unabhängigen, selbständigen Republiken; und das, obwohl Gorbatschow ausdrücklich die Referenden für illegal erklärt hatte und Moskauer Agitatoren alles taten, um die im Baltikum lebenden Russen und anderen Slaven entweder zum Boykott oder zu einem «*njet*» zu bewegen. Damit war die insbesondere vom reaktionären KP-Apparat, gelegentlich aber auch von Gorbatschow persönlich benutzte Propagandalüge, die im Baltikum amtierenden nationalen Regierungen hätten nur eine Minderheit der Bevölkerung hinter sich, endgültig der Lächerlichkeit preisgegeben. Ad absurdum geführt war damit aber auch die Behauptung, bei den internen Gegensätzen im Baltikum handle es sich allein um nationale, ethnische Probleme, die von den dortigen nichtkommunistischen Machthabern in unverantwortlicher Weise verschärft würden. Demgegenüber wurde durch die Referenden bewiesen, dass die Gräben in Estland, Lettland und Litauen nicht so sehr zwischen den Balten und Slaven verlaufen, als vielmehr zwischen reformwilligen Demokraten, gleich welcher Nationalität, auf der einen, und moskauhörigen reaktionären Kommunisten auf der anderen Seite.

Die Ergebnisse der Referenden wurden von den drei Republiken unverzüglich zum Ausgangspunkt weiterer innersowjetischer wie auch aussenpolitischer Initiativen gemacht. So wandte sich beispielsweise der Oberste Rat Estlands am 11. März mit einem Aufruf an alle Parlamente und Regierungen der Welt, in dem es u. a. heisst:

«Der Oberste Rat Estlands hofft, dass alle Staaten, in der Anerkennung dieser Willensäußerung des estnischen Volkes und seines Rechtes auf staatliche Selbständigkeit, einig sein werden in ihren Anstrengungen zur Beseitigung der letzten Überbleibsel des Zweiten Weltkrieges in Europa und zur Wiederherstellung der Selbständigkeit der Republik Estland.»

In einer Botschaft gleichen Datums forderte das estnische Parlament Gorbatschow auf, die eindeutige Willensbekundung des estnischen Volkes zu achten und alle Versuche, Estland mit einem neuen Unionsvertrag in die Sowjetunion einzubinden, aufzugeben. Gorbatschow seinerseits sprach allen drei Referenden des Baltikums jegliche staatsrechtliche Bedeutung ab und stufte sie in seinem letzten «*Spiegel*»-Interview als «*soziologische Untersuchungen*» ein.

Ebenfalls an die Moskauer Adresse gerichtet und ebenfalls ein unmittelbares Ergebnis der Referenden war ein weiterer estnischer Parlamentsbeschluss vom 13. März. Er fusste auf einer ganzen Reihe vorangegangener Beschlüsse, mit denen die baltischen Staaten seit dem Herbst 1988 systematisch ihre republikanischen Rechtspositionen der Moskauer Zentrale gegenüber ausgebaut haben.

«Es wird als notwendig erachtet, im Laufe eines Monats in Zusammenarbeit mit allen die Selbständigkeit unterstützenden politischen Kräften ein konkretes Programm staatsrechtlicher sowie innen- und aussenpolitischer Schritte zu erarbeiten und dieses zur Basis der Tätigkeit des Obersten Rates zu machen. So sollen die staatsrechtlichen Grundlagen für die Selbständigkeit, das Ausscheiden des Regierungssystems Estlands aus dem Regierungssystem der

Sowjetunion, die Kontrolle der Machtorgane der Republik Estland über das Territorium Estlands und das Funktionieren der Wirtschaft in einem staatlich unabhängigen Estland sichergestellt werden, um dann schliesslich mit der Wiedereinsetzung der im Grundgesetz der Republik Estland vorgesehenen Organe der Staatsgewalt durch demokratische Wahlen die Übergangsperiode zu beenden.»

Der letzte Satz bezieht sich auf einen in der estnischen Unabhängigkeitserklärung vom 30. März 1990 enthaltenen Passus, der bis zur endgültigen Wiederherstellung der Republik Estland (restitutio in integrum) eine Übergangsperiode von unbestimmter Dauer vorsieht.

In der Tat sind die Gestaltung und die Dauer der sogenannten Übergangsperiode zur Zeit für alle drei Republiken das Problem Nummer 1 — auch für Litauen, das diese Periode staatsrechtlich nicht ausdrücklich deklariert hat. Denn unabhängig von allen Gesetzen, die von den Parlamenten in Tallinn, Riga und Vilnius bislang erlassen wurden, sind die Republiken nach wie vor in starkem Masse in das gesamtsowjetische System eingebunden. Das bezieht sich vor allem auf das Wirtschaftsgeflecht, also auf die vielfältigen gegenseitigen Lieferverpflichtungen und Abhängigkeiten von Rohstoffen, Industriegütern und Lebensmitteln, aber auch auf das Transportwesen, die Verteilung der Etatmittel und ähnliches mehr. In all diesen Bereichen widersetzen sich viele moskauhörige Funktionäre sowohl der Planungsbürokratie wie auch des industriellen Managements allen Loslösungsbestrebungen der Balten, ja sabotieren sie sogar. Denn für diese Angehörigen der «Nomenklatura» ist es ein Kampf um

Sein oder Nichtsein — im Baltikum ebenso wie in der ganzen Sowjetunion. Ganz abgesehen von diesen Nomenklatura-Bremsen, die die Sezession als solche verhindern wollen, bestehen in bezug auf das Tempo und die Taktik der Trennung von der Sowjetunion auch unter den baltischen Politikern selbst erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Der extrem nationale Flügel des politischen Spektrums vertritt in allen drei Republiken den Standpunkt, dass man nie freiwillig in die Sowjetunion eingetreten, sondern das Opfer einer völkerrechtswidrigen militärischen Okkupation geworden sei und dass man sich infolgedessen auch nicht irgendeinem in Moskau festgelegten Austrittsverfahren zu unterwerfen habe. Die sowjetischen Streitkräfte müssten sich nur aus dem Baltikum zurückziehen, und dann könne in bilateralen Staatsverträgen alles weitere geregelt werden.

Neben diesem Standpunkt der National-Radikalen gibt es in den heutigen baltischen Parlamenten aber auch eine ganze Reihe von Abstufungen der Kompromissbereitschaft Moskau gegenüber, oder anders formuliert: viele Spielarten sogenannter Realpolitik.

Litauens Präsident Landsbergis beispielsweise vertritt allerdings, sei es aus taktischen Überlegungen, sei es aus tiefster Überzeugung, einen der härtesten Standpunkte, wenn er sagt, Realpolitik sei ein Luxus, den man sich nur im Umgang mit westlichen Demokratien leisten könne; einem totalitären Regime gegenüber führe eine Politik der Kompromisse immer zur Kapitulation. Dabei weist Landsbergis zu Recht auf die Geschehnisse vom Herbst 1939 bis zum Sommer 1940 hin, übersieht dabei allerdings, dass die Sowjetunion Stalins nicht die in ihren politischen,

wirtschaftlichen und ideologischen Strukturen zerfallende Sowjetunion Gorbatschows ist. Dieser «Sehfehler» war es auch, der zu Beginn des Jahres zum Bruch zwischen dem Präsidenten und seiner Ministerpräsidentin, Kasi-miera Prunskiene, führte. Frau Prunskiene, wie auch die Ministerpräsidenten von Estland und Lettland, halten einen schnellen Sprung in die volle politische Souveränität, sprich: staatliche Unabhängigkeit, angesichts der heutigen sowjetischen Machtverhältnisse für nicht machbar. Vielmehr sind sie bestrebt, den Weg zur vollen politischen Unabhängigkeit zunächst einmal durch die Regelung aller lebenswichtigen Wirtschaftsfragen zu ebnen und gleichzeitig ihre Länder im administrativen Bereich schrittweise aus der Moskauer Umklammerung zu befreien — und dies alles mittels ebenso geduldig wie zielbewusst geführten Verhandlungen.

So zieht sich denn auch die Forderung nach derartigen Verhandlungen wie ein roter Faden durch alle Beschlüsse und Verlautbarungen der baltischen Parlamente und Regierungen, wenngleich mit erkennbaren Unterschieden und Akzentuierungen. Zu solchen sachlichen Verhandlungen ist die sowjetische Regierung im Laufe des Jahres 1990 aber nicht bereit gewesen. Alle bisherigen Zusammenkünfte der beteiligten Spitzenpolitiker können bestenfalls als vorbereitende Konsultationen bezeichnet werden. Der Stein, an dem bislang alles zerbrach, war das Verlangen der baltischen Staaten, Moskau möge den 1940 vollzogenen Tatbestand der Annexion anerkennen und die zwischen Sowjetrußland auf der einen, sowie Estland, Lettland und Litauen auf der anderen Seite im Jahre 1920 abgeschlossenen bilateralen Frie-

densverträge als Ausgangspunkt der Verhandlungen akzeptieren. In diesen Verträgen hatte Sowjetrußland mit ausdrücklicher Billigung Lenins «für ewige Zeiten» auf alle Souveränitätsansprüche den baltischen Staaten gegenüber verzichtet.

Zu Beginn des Jahres wurden zwar von Gorbatschow neue sowjetische Verhandlungsdelegationen benannt, doch auch diese waren bisher nur bereit, mit den Balten über das Moskauer Sezessionsgesetz vom 3. April 1990 zu reden, das eine bis zu fünf Jahren dauernde «Scheidungsprozedur» vorsieht und davon ausgeht, dass die «Ehen» 1940 völlig legal zustande gekommen sind. Auf dieser Basis wird Moskau in den baltischen Ländern allerdings nicht einen einzigen demokratisch legitimierten Gesprächspartner finden. So richten sich denn die letzten Hoffnungen auf den von Gorbatschow angestrebten neuen Unionsvertrag, der im Laufe der nächsten Monate vom Moskauer Obersten Sowjet beschlossen werden dürfte. An der Ausarbeitung des bereits mehrfach abgeänderten Vertragsentwurfs haben sich die baltischen Republiken, ebenso wie auch Georgien, Armenien, Aserbeidschan und die Moldau-Republik aus prinzipiellen Überlegungen allerdings nicht beteiligt, und sie werden den Vertrag mit Sicherheit nicht unterzeichnen.

Immerhin besteht die Möglichkeit, dass die auf der Grundlage dieses neuen Unionsvertrages zu verabschiedende neue Verfassung der Sowjetunion das Sezessionsgesetz vom 3. April 1990 gegenstandslos macht und den Republiken die Trennung von der Sowjetunion in einem kürzeren Zeitraum in einem anderen Verfahren und unter anderen Bedingungen gestattet.

Was die Bedingungen betrifft, so sind die baltischen Länder durchaus zu Konzessionen bereit. Niemand gibt sich da träumerischen Illusionen hin, jeder-mann weiss, dass die Sowjetunion, wenngleich kleiner, innerhalb anderer Grenzen und wahrscheinlich auch mit einem anderen Namen, immer noch der grösste und wichtigste Nachbar sein wird. In bilateralen Staatsverträgen könnten dann sowohl eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen, wie auch wichtige sowjetische Sicherheitsinteressen an der baltischen Ostseeküste geregelt werden. Sogar über kleine Grenzkorrekturen und die Verpachtung von Militärbasen werden die Balten mit sich reden lassen. Als Voraussetzung für all dies muss Moskau lediglich die volle staatliche Selbständigkeit der drei Republiken anerkennen.

Gorbatschow, der bei den politischen Umwälzungen in Ost- und Mitteleuropa so viel staatsmännische Weitsicht bewiesen hat, sollte das gleiche auch im Hinblick auf das Baltikum tun. Und er sollte sich dabei nicht allzuviel Zeit lassen, denn sein auf Honnecker gemünztes Wort: *«Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben»*, gilt ebenso auch für die Führung der Sowjetunion. Denn drei friedliche, in vieler Hinsicht zur Zusammenarbeit bereite westliche Nachbarn würden, ähnlich wie in Finnland, der Sowjetunion mehr Vorteile bringen, als drei gärende, viel innenpolitischen Sprengstoff anhäufende Teilrepubliken.

Je mehr sich die derzeitige Übergangsphase ihrem zwangsläufigen Ende zuneigt, um so mehr sind die baltischen Republiken auch auf die Unterstützung der westlichen Demokratien angewiesen. Sie alle haben die Annexion dieser ehemaligen Mitglieder des

Genfer Völkerbundes völkerrechtlich nie anerkannt, scheuen sich der Sowjetunion zuliebe jedoch, aus dieser Nichtanerkennung die vollen völkerrechtlichen Konsequenzen zu ziehen. Am weitesten sind bislang die skandinavischen Staaten gegangen. So hat sich beispielsweise Dänemark bereits Estland und Litauen gegenüber vertraglich verpflichtet, *«zu einem geeigneten Zeitpunkt»* die seit 1940 ruhenden diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen — mit der Folge eines sofortigen offiziellen Protestes der Sowjetunion. In Stockholm und Kopenhagen bestehen zudem schon baltische Informationsbüros, die weitgehend auch politische Aufgaben wahrnehmen. Umgekehrt wird der alle skandinavische Staaten zusammenfassende Nordische Rat in Kürze offizielle Verbindungsbüros in Tallinn, Riga und Vilnius einrichten. Und die Tatsache, dass an der letzten Ratstagung in Kopenhagen auch die drei baltischen Parlamentspräsidenten teilnehmen durften, kann durchaus als Fingerzeig auf eine zukünftige Assoziierung und spätere Vollmitgliedschaft ihrer Staaten verstanden werden.

Als nächster Schritt zur endgültigen Lösung des baltischen Problems sollte die Zulassung der Balten zur bevorstehenden Berliner KSZE-Konferenz sein — mit einem wie auch immer gearteten Sonderstatus. Dies durchzusetzen, müsste die Aufgabe derjenigen Staaten der EG sein, die für die Annexion des Baltikums durch die Sowjetunion eine wesentlich grössere politische und moralische Verantwortung tragen, als die skandinavischen Länder, die zur Zeit am meisten für die Wiedergutmachung des den Esten, Letten und Litauern zugefügten Unrechts tun.

Bernd Nielsen-Stokkeby

«Europa vom Atlantik zum Ural» — ein Vierteljahrhundert später

De Gaulle und die zwei Grossen

«Ein Mann von vorgestern und von übermorgen.» Auf keinem andern Gebiet kennzeichnet diese berühmte Formulierung de Gaulle besser als in seiner Haltung der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten gegenüber. Der Mann der Zeit vor und nach dem Kalten Krieg, könnte man sagen, oder vor und nach dem Kommunismus. Nichts ist so charakteristisch für de Gaulle wie die stete Verwendung des Begriffs «Russland» statt Sowjetunion, und seine Formulierung des «Europa vom Atlantik zum Ural»; also die Idee, dass die Konstanten der Geschichte und der Geographie stärker oder wichtiger sind als die Neuheiten des Totalitarismus und der modernen Technik, die während des Kalten Krieges Europa von der Sowjetunion dauerhaft zu trennen und es den Vereinigten Staaten anzunähern schienen.

Heute, da der Kommunismus zusammenbricht und da — zum Teil als Folge davon — Amerika versucht sein könnte, sich von Europa zu entfernen, nimmt sich das, was wie ein Anachronismus schien, eher wie eine Prophezeiung aus. Einige leiten daraus Argumente ab, um die Luzidität des Generals und seines posthumen Ruhms zu zelebrieren. Andere neigen zur Annahme, dass die gaullistische Auffassung — so gerechtfertigt sie in der Ära Gorbatschew sein mag — zu Zeiten Stalins und Breschnews gleichermassen falsch und gefährlich war. Zwei Fragen stellen sich hier: Einerseits, ob er wirklich die Ideologien oder die politischen Regimes ausklammerte und die beiden

Grossen oder Weltmächte auf dieselbe Ebene stellte, oder ob er manchmal nur so tat, um sich dadurch innerhalb der westlichen Allianz mehr Unabhängigkeit zu verschaffen. War andererseits mit dem «umfassenden Plan», der darin bestand, die Aufteilung Europas durch eine «andere Ordnung, ein anderes Gleichgewicht» zu ersetzen, eine langfristige historische Perspektive oder eine kurz- bzw. mittelfristige politische Tat gemeint? Die Antworten variieren je nach den Kommentatoren, je nach den Gesprächspartnern General de Gaulles und vor allem je nach den Phasen seiner Politik.

Die erste Frage bezieht sich auf den Streit zwischen Neutralismus und Atlantismus. Dass de Gaulle in dieser Frage zögernd oder ambivalent war, wird nirgends besser gezeigt als in seinen von Claude Mauriac geschilderten Reaktionen vor dem Hintergrund der Polemik von Etienne Gilson und Raymond Aron anlässlich der Unterzeichnung des Atlantikpaktes. Seine erste Reaktion ist, den Anhängern der Neutralität recht zu geben, und zwar wegen der mangelnden amerikanischen Zuverlässigkeit und wegen des Risikos für Frankreich, sich im Namen eines illusionären Schutzes von einer nationalen Anstrengung zu dispensieren. Nach einigem Überdenken schliesst er sich mit Rücksicht auf die Imperative des Gleichgewichts gegenüber der russischen Macht dem Standpunkt Raymond Arons an. Hervorragende Kommentatoren konnten also behaupten, dass de Gaulle nicht neutralistisch, dass

er angesichts des sowjetischen Expansionsdrangs die beständige Stütze des Westens war und dass — gerade wegen der demokratischen Werte wie auch seiner geographischen Lage Frankreich unweigerlich dem westlichen Lager zuzuordnen war — er seine Pfeile für den Führer desselben bereithielt; im Innern der Atlantischen Allianz musste Frankreich nämlich seine Unabhängigkeit eifersüchtig erobern und bewahren, nötigenfalls indem es die sowjetische Karte ausspielte, hauptsächlich aber, um sein innerwestliches Verhandlungspotential zu stärken.

Diese Interpretation konnte sich auf die Erklärungen des Generals stützen (zum Beispiel 1963 vor dem amerikanischen Kongress: *«Wenn materiell gesprochen das Gleichgewicht zwischen den beiden das Universum spaltenden Lagern ausgeglichen scheinen kann, so ist es das moralisch gesehen nicht. Frankreich hat seinerseits gewählt: es hat sich für die Seite der freien Völker entschieden, es hat entschieden, mit ihnen dort zu sein.»*) Es kann sich vor allem auf seine Taten stützen, jene seiner Solidarität mit den Vereinigten Staaten anlässlich der Kubakrise und seine absolut beständige Haltung anlässlich der Berlinkrise und des missglückten Gipfeltreffens von 1960.

Auf ideeller wie auch auf politischer Ebene scheint die andere Waagschale jedoch schwerer zu wiegen. In den Texten, in denen de Gaulle seine Prinzipien und sein Programm darlegt, kommt immer wieder die Wendung vor, die Ideologien seien nur maskierte nationale Ambitionen. In seiner Untersuchung über die Ursprünge des Kalten Krieges stellt er die beiden Grossen auf die gleiche Ebene. *«So wie Amerika und die Sowjetunion — kolossal in ihren Dimensionen, ihrer Bevölkerung, ihren*

Ressourcen — überall und auf allen Gebieten in dauernder Rivalität sind, hat jede von diesen beiden Mächten natürlich um sich herum einen Block von Staaten gebildet, mit denen sie direkt verbunden sind, die sie in ihren Machtbereich einbeziehen und denen sie ihren Schutz versprechen. Indem sich Frankreich von der NATO zurückzieht, hat es sich für seinen Teil von einer solchen Abhängigkeit losgesagt» (Pressekonferenz vom 10. April 1967). Diese angebliche Symmetrie zwischen den beiden Hegemonialmächten führt de Gaulle dazu, den Mythos von der Teilung der Welt zu propagieren, wenn nicht gar zu erfinden, was so weit geht, dass er 1968 bei der Invasion der Tschechoslowakei *«die in Jalta beschlossene Politik der Blöcke mehr anprangert»* als die Art der kommunistischen Machtausübung.

Desgleichen, wenn er in seinen Memoiren 1959 *«den umfassenden Plan beschreibt, dessen neuer Zeitabschnitt, der 1945 beginnt, ihm vielleicht ermöglicht, die Ausführung in Angriff zu nehmen»*, er meint, dass *«der Zusammenbruch Deutschlands, die Zerrissenheit Europas, der russisch-amerikanische Gegensatz dem wie durch ein Wunder geretteten Frankreich aussergewöhnliche Handlungsmöglichkeiten bieten»*. Er nimmt sich vor, *«mit dem Westen und dem Osten zusammenzuarbeiten, wenn nötig auf der einen oder anderen Seite die erforderlichen Allianzen abzuschliessen, ohne jemals irgendeine Form der Abhängigkeit zu akzeptieren»*. In der Absicht, *«die Staaten, die bis zum Rhein, zu den Alpen, den Pyrenäen reichen, umzugruppieren»*, will er *«aus dieser Organisation eine der drei grössten planetarischen Mächte machen, und, wenn nötig, eines Tages Schiedsrichter sein zwischen dem sowjetischen und den*

angelsächsischen Lagern». Die Solidarität mit diesem und die Opposition gegen jenes bezieht sich auf die Zeiten, in denen Europa sich verteidigen oder zumindest angesichts einer direkten und brutalen militärischen Bedrohung durch die UdSSR das Gleichgewicht halten muss und Frankreich die Hände noch nicht oder nicht mehr frei hat. Diese Verhaltensweisen gelten indes nicht für jene Zeitabschnitte — insbesondere von 1944 bis 1946 und von 1965 bis 1968 —, in denen de Gaulle die Bedingungen für günstig hält, um die Verwirklichung seines grossen Projektes vorzunehmen.

Vielmehr: wenn dieses eine Dissymmetrie enthält, wäre es eher zu Gunsten Russlands und zu Ungunsten der Vereinigten Staaten; vielleicht auf psychologischer oder affektiver Ebene. Bestimmt vergisst de Gaulle nie, dass ihn das Engagement für die politische Freiheit den einen annähert und vom andern entfernt. Aber eben in dem Mass, in dem er der nationalen Beharrlichkeit mehr Bedeutung beimisst als den politischen Regimes, lässt er oft eine Faszination für Russland erkennen, *«hervorgegangen aus Leiden und Tyrannei, aber brennend vor nationalem Ehrgeiz»* unter Stalin, *«blühend, mächtig und von pazifistischer Glut»* unter Breschnew, während in den Kommentaren, die den Vereinigten Staaten gewidmet waren, fast überall das Misstrauen gegenüber ihrem materialistischen und moralisierenden Egoismus zu finden war. Ganz besonders ist dies der Fall in Fragen des zukünftigen europäischen Gleichgewichts und, vor allem, der deutschen Regelung. Es gibt eine perfekte Kohärenz, wenn nicht über den Status Deutschlands, so doch über die jeweilige Rolle der äusseren Mächte zwischen dem, was er Stalin

1945 vorschlägt: *«Was die Allianzen betrifft, dachten wir, dass sie in drei Stockwerken aufgebaut werden sollten: ein franko-russischer Vertrag, der eine erste Sicherheit verschaffen sollte; der anglo-sowjetische Pakt und ein noch abzuschliessender zwischen Frankreich und Grossbritannien, der eine zweite Stufe darstellen sollte; der künftige Pakt der Vereinten Nationen, bei dem Amerika ein Hauptelement sein wird und der das Ganze krönen und als letzte Instanz dienen wird»* und den Ideen der berühmten Pressekonferenz vom Februar 1965, für welche es *«die Nachbarn Deutschlands sind, die sich eines Problems annehmen müssen, welches das europäische Problem par excellence ist»*. Es ist erforderlich, dass *«die europäischen Völker»* den Status Deutschlands *«gemeinsam prüfen, gemeinsam regeln, gemeinsam garantieren»*. Das Ziel muss ein vertraglich organisiertes Europa vom Atlantik zum Ural sein. Die Rolle *«Amerikas, seiner Tochter»*, beschränkt sich auf eine Gemeinschaftsaktion zu Gunsten der Dritten Welt. Kurz, wie André Fontaine 1967 schrieb: *«Wenn der Staatschef vom Europa vom Atlantik bis zum Ural spricht, drückt er den Fundus des konstantesten Gedankens aus, nämlich dass Europa den Europäern gehören soll, was in seinen Augen die Russen sind, seien sie kommunistisch oder nicht, während es die Amerikaner offensichtlich nicht sind. Ein solches Europa kann nur hervorgehen aus der Zusammenarbeit seiner Mitglieder und vor allem seiner wichtigsten: Frankreich, Russland und Deutschland. Da sich ersteres dank ihm mit den beiden andern versöhnen konnte, muss er nun noch diese untereinander versöhnen. Ist dieses Resultat einmal erreicht, hätten die Amerikaner keinen Grund mehr, sich weiterhin dies-*

seits des Ozeans aufzuhalten. Seiner Ansicht nach bietet der beidseits des Rheins gleichermassen unpopuläre Vietnamkrieg eine Gelegenheit, dies zu erreichen, wobei unausgesprochen vorausgesetzt wird, dass Frankreich und die UdSSR die beiden Hauptträger dieses neuen Gleichgewichts bilden würden. Erst nachher würde man sehen, ob es möglich ist, England darin einen Platz zuzuweisen.» Hier muss man einfach noch beifügen, dass dadurch, dass auch die UdSSR durch ihren Konflikt mit China und ihre Dekolonisationsprobleme in Asien gleichermassen geschwächt wie europäisiert waren, Frankreich eine zentrale Rolle spielen konnte, weil es als einziges Land die Hände frei hatte.

Doch wirft all dies das Grundproblem auf, nämlich jenes der Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses Europa vom Atlantik zum Ural. Im Februar 1965 zählt de Gaulle mehrere davon auf, die — abgesehen vom eigentlichen deutschen Status — in einem politisch organisierten Westeuropa zusammengefasst werden können, das in der Lage ist, seine eigene Verteidigung zu übernehmen; in ost-europäischen Staaten, die fähig sind, ihre eigene Politik zu betreiben und in einem vom totalitären Kommunismus und dessen Bestrebungen befreiten Russland. Warum sollte man eine solche Vision nicht unterschreiben? Wie sollte man nicht zugeben, dass es de Gaulle besser gelang als seinen damaligen Gegnern, sowohl den Sinn der geschichtlichen Entwicklung als auch die Bedingungen der deutschen Einheit und der europäischen Versöhnung zu erfassen, und dies auf hervorragende Weise? Ebenso wenig kommt man um die Feststellung herum, dass es sich um langfristige Bedingungen han-

delte, deren Verwirklichung nicht von Frankreich abhing. Man ist also versucht, sich dem Verdikt von Kissinger und Brzezinski anzuschliessen, die 1965 zu den Strategien gegenüber dem Osten gleichzeitig verlauten liessen: «Die Vereinigten Staaten haben eine Politik, aber keine Vision, de Gaulle hat eine Vision, aber keine Politik.»

In Wirklichkeit hatte de Gaulle — und darin liegt das eigentliche Paradox — sehr wohl eine von seiner Vision inspirierte Politik, die jedoch von dieser abwich, weil die Grundvoraussetzungen dazu zwar von ihm ausgesprochen, nicht aber verwirklicht waren. Er war sich seiner eigenen Rolle zu sehr bewusst, um zu ignorieren, dass — wie es seine Kritiker hervorhoben — Frankreich je länger je mehr Gefahr lief, seine zentrale Rolle im künftigen Europa zu Gunsten Deutschlands abtreten zu müssen. Er selbst hob den äusserst günstigen Charakter der Konjunktur von 1945 hervor wie jener von 1965–66. Daher die Wette, die darin bestand, von Frankreich und der kommunistischen UdSSR aus eine Regelung zu versuchen, die nach seinem eigenen Geständnis nur zwischen einem mächtigen Europa und einem postkommunistischen Russland gelingen konnte. Was er Stalin 1945 anbot, war nicht eine prophetische Vision, sondern ein Vorschlag mit sofortiger Wirkung, nämlich der eines «direkten Einvernehmens zwischen den Regierungen von Moskau und Paris, um die Grundlagen einer Regelung festzusetzen, die sie gemeinsam den andern Alliierten vorschlagen würden». 1965 sind die Dinge weniger klar, doch beim Weggang von der NATO, den er unter anderem mit dem Abflauen des Kalten Krieges und der sowjetischen Bedrohung rechtfertigte (gerade als die sowjetische nach-kubanische Wieder-

aufrüstung ihren Aufschwung nahm), bei der Vermehrung der Besuche im Osten, der Bezugnahmen auf das Europa vom Atlantik bis zum Ural und Angriffen gegen die Vereinigten Staaten, fühlt man den Schritt eines alten Mannes, der es eilig hat, Irreversibles zu schaffen, ansonsten er Gefahr liefe, umsonst gearbeitet zu haben. Wie ist seine Wut auf den Prager Frühling zu erklären (dessen Führer bezichtigt wurden, sich gegen Deutschland gewandt zu haben, Intellektuelle und Kommunisten zu sein, um die von Botschafter Wormser berichtete Schlussfolgerung zu rechtfertigen: «Die Tschechoslowakei, Herr Botschafter, die ist mir völlig gleichgültig»), wenn nicht durch das Gefühl, dass ihm die Dinge entglitten und die Weigerung, das Misslingen seines Plans einzugestehen? «Der Betriebsunfall auf dem Weg zur Entspannung», den gemäss Michel Debré der Einmarsch in Prag darstellte, erzwang — mit der finanziellen Schwächung Frankreichs nach dem Mai 68 — im letzten Jahr des Generals eine gewisse franko-amerikanische Annäherung und eine Ausklammerung des «Europa vom Atlantik zum Ural». Die Strategie de Gaulles hatte versagt, weil sie — abgesehen von Rumänien — bei keiner Regierung Europas ein Echo ausgelöst hatte und weil die sowjetischen Führer am Status quo oder am Dialog mit den Vereinigten Staaten mehr interessiert waren, bis es zum Gespräch mit Deutschland kommen würde. Die Grabinschrift des grossen franko-sowjetischen Dialogs von 1966 stammte von Breschnew, der gemäss dem Interpreten von Gomulka den Kommunistenführern Osteuropas erklärt haben soll:

«Nehmen Sie zum Beispiel de Gaulle. Ist es uns nicht ganz risikolos gelungen,

in den kapitalistischen Imperialismus eine Bresche zu schlagen? De Gaulle ist unser Feind, und wir wissen es. Und dennoch, was haben wir erreicht? Eine Schwächung der Stellung der Amerikaner in Europa. Und das ist noch nicht alles. De Gaulle ist ein listiger Fuchs. Er selbst will sich die Vorherrschaft in Europa sichern, und das selbstverständlich gegen uns. Dort müssen wir aber in unserer Handlungsweise flexibel sein. Jedenfalls haben die europäischen Auffassungen de Gaulles keine Aussichten auf Erfolg, weil es in Europa zu mächtige westliche Länder gibt, die das nie zuliessen. Aber die Bilanz, Genossen, ist diese nicht günstig?»

Sie ist es sicher weniger, ein Vierteljahrhundert später, vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen. Die Frage bleibt, in welchem Mass das Verdienst de Gaulle zukommt und ob die Übernahme der Thematik «Europa vom Atlantik bis zum Ural» durch Russland und Deutschland für Frankreich nicht einen Pyrrhussieg darstellt. Heute noch kann man sich — selbst auf der Ebene des geostrategischen Gleichgewichts — fragen, ob es klug sei, die Symmetrie zwischen Amerika und Russland zu Gunsten des letzteren zu stören und ob das Europa — entweder von Brest bis Brest-Litowsk (die zwei Grossen ausgenommen) oder von San Francisco bis Wladiwostok (beide eingeschlossen) — nicht dem Europa vom Atlantik zum Ural vorzuziehen sei angesichts des Gewichts, das ein vereinigtes Deutschland und das — wenn auch auf seinen europäischen Teil reduzierte — Russland auf letzteres im Verhältnis zu dessen Nachbarn, zu denen auch Frankreich gehört, ausüben würde. Wenn es zweitens zutrifft, wie dies de Gaulle bezüglich Jalta erklärte, «dass es langfristig kein Regime gibt, das gegen den

nationalen Willen bestehen könne», dann trifft auch zu, dass dieser nicht ausreicht, um eine internationale Ordnung aufzubauen, die ein Minimum an Gerechtigkeit und Stabilität gewährleistet. Die Befreiung Osteuropas ist eher über den von de Gaulle verachteten Dubček als über den von ihm verehrten Ceausescu gelaufen. Es genügt nicht, «eine weisse Nation Europas» zu sein, wie Russland, um als konstruktiver Partner der europäischen Ordnung zu gelten. Vielmehr wird diese eine Deko-

lonisierung und eine Demokratisierung durchlaufen müssen, deren Erschütterungen wir erst erleben. Die Bedeutung des politischen Regimes und der sozialen Entwicklung im Verhältnis zu den Konstanten des Nationalcharakters und der Geographie ist dabei vielleicht entscheidend, wie dies *Tocqueville* — besser als de Gaulle — gesehen hatte, um über die Zukunft Amerikas und Russlands ein Urteil abgeben zu können.

Pierre Hassner

Das Beispiel der Agrarpolitik Guatemalas

Zur Redemokratisierung in Lateinamerika

Im Zeichen der Redemokratisierung Lateinamerikas hat auch Guatemala im Januar 1986 zu einer gewählten Zivilregierung unter Vinicio Cerezo und einer neuen Verfassung gewechselt. Die lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse werden mancherorts als klarer Bruch mit der diktatorischen Vergangenheit betrachtet, welcher den Völkern Lateinamerikas endlich Mitsprache in der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft gegeben hat. Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch oftmals, dass sich trotz Einführung freier Wahlen wenig an den tagespolitischen Sachentscheidungen ändert, weil dieselben Machtgruppen weiterhin den politischen Entscheidungsprozess dominieren. Im folgenden soll dies anhand der Agrarpolitik Guatemalas illustriert werden.

Strukturelle Probleme in der guatemalteckischen Landwirtschaft

Der Agrarsektor ist weiterhin der bedeutendste Sektor der Wirtschaft Guatemalas. Die Landwirtschaft ist verantwortlich für 25 Prozent des Bruttozialproduktes und 63 Prozent der Exporte. 53 Prozent der Bevölkerung sind für ihr Einkommen direkt abhängig von der Landwirtschaft. Damit gehört Guatemala zu den Ländern Lateinamerikas, in welchen die Landwirtschaft die grösste Rolle spielt. Die jahrzehntelangen strukturellen Probleme im Agrarsektor sind deshalb besonders wichtig für dieses Land.

Die guatemalteckische Landwirtschaft ist geprägt von einer äusserst ungleichen Verteilung des anbaufähigen Landes auf eine relativ kleine Zahl

von Grossbetrieben, welche fast ausschliesslich für den Export produzieren, und auf eine grosse Zahl von Kleinstbetrieben, welche die einheimische Versorgung sicherstellen. Die Resultate des letzten Agrarzensus zeigen, dass 78 Prozent der Betriebe in die Kategorie der Kleinstbetriebe mit weniger als dreieinhalb Hektaren fallen. Diese Kleinstbetriebe bewirtschaften aber nur 10 Prozent der gesamten Anbaufläche. Die Grossbetriebe mit 45 Hektaren oder mehr — 2,5 Prozent aller Betriebe — bewirtschaften demgegenüber 65 Prozent des bebaubaren Landes. Die 478 Betriebe mit mehr als 900 Hektaren bewirtschaften allein 22 Prozent des anbaufähigen Landes, also mehr als das Doppelte der Fläche aller Kleinstbetriebe zusammen. Die Ungleichheit der Landverteilung wird zusätzlich dadurch verschärft, dass das fruchtbarere Land in der Regel in den Händen der Grossbetriebe ist.

Die ungleiche Landverteilung hat direkte Auswirkungen auf die Einkommensstruktur. Die meisten Kleinstbetriebe sind nicht in der Lage, eine Familie zu ernähren. Die Kleinbauern sind deshalb gezwungen, Gelegenheitsarbeit bei einem lokalen Gutsbesitzer zu suchen oder alljährlich für zwei oder drei Monate an die Pazifikküste zu ziehen, um in der Kaffee- oder Zuckerrohrernte der Grossplantagen zu arbeiten. Die Arbeitssuche auf dem Land ist allerdings in den vergangenen Jahren zunehmend schwieriger geworden, und die niedrigen Löhne haben zusätzlich unter der Entwertung der guatemaltekischen Währung gelitten. Gemäss einer kürzlichen Studie der Weltbank haben 40 Prozent der Landbevölkerung Guatemalas ein Einkommen, das nicht einmal ausreicht, um die Grundnahrungsbedürfnisse zu decken. Insgesamt

84 Prozent der Landbevölkerung leben in Armut.

Eine Lösung des Problems der ungleichen Verteilung der Ressourcen in der Landwirtschaft erscheint vordringlich aus zwei Gründen. Guatemala exportiert jährlich Agrarprodukte im Wert von rund 700 Millionen Dollar, zwei Drittel seiner gesamten Exporte. Vom Gesichtspunkt sozialer Verantwortlichkeit erscheint es deshalb nicht akzeptabel, dass sich fast die Hälfte der Landbevölkerung wegen ungenügendem Verdienst nicht ausreichend ernähren kann. Die wichtigsten sozialen Probleme Guatemalas, wie wachsende Kriminalität, Landflucht und Guerillaaktivität, haben zum grossen Teil ihre Wurzel in der strukturellen Ungleichheit im Agrarsektor.

Eine Lösung des Problems erscheint zudem vordringlich im Hinblick auf Guatemalas wirtschaftliche Entwicklung. Die Entwicklung eines internen Marktes ist unerlässlich, wenn sich das Land von der fatalen Abhängigkeit von Agrarexporten befreien und eine eigene Leichtindustrie aufbauen will. Solange sich die überwiegende Mehrheit der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung wegen Landknappheit kaum das Existenzminimum erwirtschaften kann, erscheint deshalb jegliche Hoffnung auf wirtschaftliche Entwicklung vergebens.

Lösungsvorschläge

Unter Experten herrscht relativ breite Übereinstimmung, dass eine wirkliche Lösung der strukturellen Probleme der Landwirtschaft Guatemalas nur durch eine Änderung der Landbesitzstruktur zugunsten der Mittel- und Kleinbauern erzielt werden kann. Diese

Position wird nicht nur von eher linksgerichteten, akademischen Kreisen vertreten, sondern auch in einer Studie des Landwirtschaftsministers einer früheren Militärregierung und in einem Bericht von AID, der Entwicklungsorganisation der amerikanischen Regierung.

Es wird zwar davor gewarnt, produktiv genutztes Land in unrentable Minibetriebe aufzuteilen. Dennoch stehen eine Reihe von Möglichkeiten offen, zum Beispiel die Enteignung von grossen, ungenutzten Ländereien in der Grösse von nahezu 700 000 Hektaren, die Förderung eines kommerziellen Landmarktes, welcher den Kleinbauern Landerwerb ermöglichen würde, oder die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen von Grossgrundbesitzern und Landarbeitern. Als einzige weitere Massnahme, welche eine rasche und breite Wirkung für die in Armut lebende Mehrheit der ländlichen Bevölkerung verspricht, wird ausserdem die Erhöhung des staatlich festgesetzten Minimallohnes in der Landwirtschaft genannt. Der traditionell niedrige Minimallohn ist in den letzten Jahren infolge der Inflation real stark gefallen.

Beide Massnahmen werden von der guatemalteckischen Oberschicht heftig bekämpft. Die Grossgrundbesitzer wehren sich gegen jegliche Änderung der Grundbesitzstruktur, denn Grossgrundbesitz hat in Lateinamerika während Jahrhunderten wirtschaftliche und politische Macht garantiert. Von ihrer Seite wird argumentiert, dass nur eine Effizienzsteigerung innerhalb des gegenwärtigen Produktionssystems den Lebensstandard der Landbevölkerung anheben kann. Sie übersehen dabei allerdings, dass sich die Löhne der Landarbeiter in den letzten Jahren

trotz Effizienzsteigerung real vermindert haben. Im folgenden soll nun aufgezeigt werden, welche Position die 1986 gewählte Zivilregierung in diesem Konflikt bezogen hat.

Reform der Landbesitzstruktur

Die Frage einer Agrarreform war tabu in Guatemala seit dem Sturz der Linksregierung Arbenz in den fünfziger Jahren. Arbenz hatte eine umfassende Agrarreform eingeleitet, bevor er 1954 in einem vom CIA geleiteten Coup gestürzt wurde. Die darauffolgenden Militärregierungen stellten die Interessen der Grossgrundbesitzer wieder her und unterdrückten jegliche Reformbemühungen. Zwar wurde ein Institut für Agrartransformation gegründet, welches alljährlich einer kleinen Zahl ausgewählter Campesinos gegen Abzahlung Land zuteilt, doch die limitierten finanziellen Mittel degradierten dieses Institut zu wenig mehr als einer Propagandainstitution.

Die politische Öffnung seit 1984 brachte die Frage einer Agrarreform wieder aufs Tapet. Die vorberatende Kommission der vom Volk gewählten verfassungsgebenden Versammlung versuchte, bei der Garantie des Eigentums einen Absatz anzufügen, wonach der Staat die Bedingungen zu schaffen habe, damit das Eigentum eine soziale Funktion erfüllen kann. Eine ähnliche Formulierung hatte seinerzeit die Arbenz-Landreform ermöglicht. Der geplante Verfassungsartikel löste sofort eine massive, demagogische Propagandakampagne von seiten der Oligarchie aus, die nicht einmal davor zurückschreckte, das Militär zur Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung aufzufordern, falls der Eigentums-

artikel in dieser Form verabschiedet werden sollte. Unter massivem politischem Druck wechselten schliesslich eine Reihe von Parlamentariern die Seite. Der revidierte Eigentumsartikel verunmöglicht nach Ansicht der meisten Juristen jeglichen Versuch einer Agrarreform. Der Grossgrundbesitz hatte damit die wichtigste Schlacht bereits vor der Wahl des neuen zivilen Präsidenten Vinicio Cerezo gewonnen.

Der Übergang zu einer Zivilregierung im Januar 1986 ermöglichte die Gründung einer Reihe von Campesinobewegungen, welche für Landzuteilungen kämpften. Die wichtigste darunter, geleitet vom katholischen Pfarrer Andrés Giron, erreichte innerhalb weniger Monate eine Mitgliederzahl von gegen hunderttausend. Präsident Cerezo war den Forderungen der Campesinos ursprünglich durchaus positiv geneigt. Seine Gattin und zwei seiner Minister nahmen im Juli 1986 an einer Grosskundgebung von Giron teil. Kurz danach kündigte Cerezo ein umfassendes strukturelles Reformprogramm für den Agrarsektor an, welches Land und technische Unterstützung für mehr als eine Million Campesinos bereitstellen sollte.

Cerezos Politik gegenüber den Landforderungen löste einen Sturm der Entrüstung auf der Seite der Grossgrundbesitzer aus, welche eine massive Pressekampagne gegen Cerezos Agrarpolitik starteten und die Unterdrückung der Campesino-Bewegungen verlangten. Im August 1986 wurde ein angebliches Komplott von Grossgrundbesitzern und hohen Offizieren zur Destabilisierung der Regierung bekannt. Der starke Druck von seiten des Militärs und der Grossgrundbesitzer zwang Cerezo schliesslich, von weitreichenden Reformplänen abzusehen.

Hohe Vertreter des Landwirtschaftsministeriums betonten weiterhin die Dringlichkeit einer Agrarreform, sehen aber zurzeit keine Möglichkeit, eine solche gegen den vereinigten Widerstand der Grossgrundbesitzer und des Militärs durchzusetzen. Die Resultate der Regierung Cerezo auf dem Gebiet der Landverteilung sind denn auch ernüchternd. Cerezo hat in den ersten vier Regierungsjahren bedeutend weniger Geld in die Landverteilung investiert und weniger Campesinofamilien Land zugeteilt, als die für ihre brutalen Repressionsmassnahmen bekannte Militärregierung Lucas García zwischen 1979 und 1982.

Konflikt um den Minimallohn der Landarbeiter

Ein ähnliches Bild ergibt sich für den Konflikt um höhere Landarbeiterlöhne, welcher vom 1978 gegründeten Komitee für Campesino Einheit (CUC) angeführt wurde. Das CUC organisiert die Landarbeiter in den Plantagen der Pazifikküste, insbesondere die Campesinos, die für die Erntearbeit vom Hochland herunterkommen.

Der erste grosse Arbeitskampf für höhere Löhne fand im Februar 1980 statt, als es dem CUC gelang, einen Streik von rund 80 000 Landarbeitern in den Zuckerplantagen der Pazifikküste zu organisieren. Die damalige Militärregierung unter General Lucas García versuchte zuerst, den Streik mit Truppen zu unterdrücken, schwenkte dann aber auf eine Verhandlungsstrategie ein. Als sich die Zuckerproduzenten daraufhin weigerten, mit Vertretern der streikenden Landarbeiter an einen Tisch zu sitzen, ergriff der General selbst die Initiative. In einer überra-

schenden Massnahme erhöhte er den landwirtschaftlichen Minimallohn um 186 Prozent. Dies bedeutete angesichts eines Inflationsverlustes von nur 56 Prozent seit der letzten Anpassung eine massive reale Minimallohnerhöhung. Lucas García hielt an seiner Entscheidung trotz heftiger Opposition von seiten der Agrar-Grossproduzenten fest.

Die zunehmende Repression führte bald darauf aber zur Auflösung des CUC. Die politische Öffnung unter der Zivilregierung Cerezo seit 1986 erlaubte jedoch seine Wiedererstehung. Die Forderung nach einer Minimallohnerhöhung hatte nichts an Dringlichkeit eingebüsst. Zwar erhöhte die Regierung Cerezo den landwirtschaftlichen Minimallohn im Januar 1988 um 41 Prozent, dies reichte aber bei einer Inflationsrate von über 220 Prozent seit 1980 bei weitem nicht aus, um das damalige Reallohniveau wiederherzustellen.

Im Januar 1989 organisierte das CUC einen neuen Streik, welchem sich diesmal rund 50 000 Landarbeiter anschlossen. Die Streikenden verlangten Verhandlungen mit den Agrar-Grossproduzenten unter der Aufsicht der Regierung. Die neue Zivilregierung Cerezo zeigte sich weniger verhandlungswillig als das repressive Militärregime von General Lucas García. Die Regierung erklärte das CUC für illegal, weil es sich wegen der weiterhin existierenden politischen Gewalt weigerte, sich offiziell registrieren zu lassen und Mitgliederlisten zu führen. Eine solche Registrierung wird von der Verfassung allerdings nicht verlangt. Zudem bezichtigte der Verteidigungsminister das CUC, Kontakte mit der Guerilla zu unterhalten. Die Regierung Cerezo sandte alle verfügbaren Sicherheits-

kräfte in die Streikgebiete, was ihr erlaubte, den Streik rasch zu ersticken. Nach Angaben von Vertretern des CUC war die Präsenz der Sicherheitskräfte wesentlich stärker als während des Streikes von 1980.

Im Januar des letzten Jahres wiederholte das CUC den Streik. Cerezo sandte wiederum die Sicherheitskräfte in die Streikgebiete. Das CUC unterbrach daraufhin den Streik, um Verhandlungen des guatemaltekischen Gewerkschaftsdachverbandes mit den Agrar-Grossproduzenten und der Regierung zu ermöglichen. Die Vertreter der Agrar-Grossproduzenten zogen sich aber bald darauf ohne Einigung auf eine Lohnerhöhung vom Dialog zurück. Im Herbst 1990 hat die Regierung Cerezo schliesslich per Dekret den Minimallohn massiv erhöht, offensichtlich als Wahlkampfmanöver. In der Praxis wurde die Lohnerhöhung bisher aber nur ungenügend durchgesetzt.

Echte Demokratisierung?

Die Analyse der Regierungsmassnahmen seit Ende der siebziger Jahre in den Gebieten der Landreform und des Minimallohnes zeigt, dass sich die Agrarpolitik mit dem Übergang zu einer Zivilregierung nicht, oder höchstens zu Ungunsten der armen Bevölkerungsmehrheit, geändert hat. Einzig die verbesserten Organisationsmöglichkeiten für Campesino-Bewegungen können als eine Errungenschaft der neuen Zivilregierung betrachtet werden. Aber auch hier muss man darauf hinweisen, dass das hohe Mass an politischer Gewalt wirkliche Organisationsfreiheit weiterhin verunmöglicht.

Man muss sich in diesem Zusammenhang vor Augen halten, dass ver-

schiedene Faktoren die Demokratisierungsprozesse in Guatemala und andernorts relativieren. Ein Rückzug des Militärs — oder einer anderen Machtgruppe — von der Regierungsverantwortung bedeutet nicht notwendigerweise eine Reduktion von dessen politischer Macht. Untersuchungen weisen darauf hin, dass der Rückzug in die Kasernen im allgemeinen nicht eine selbstlose Entscheidung der obersten Militärführung ist. Regierungsverantwortung setzt das Militär vermehrter Kritik der Öffentlichkeit aus und erhöht auch die Gefahr interner Konflikte. Im Interesse der Erhaltung der institutionellen Funktionsfähigkeit des Militärs ist ein freiwilliger Rückzug in die Kasernen deshalb oftmals ratsam, besonders wenn sich die Generäle weiterhin entscheidende Einflussmöglichkeiten sicherstellen können. Die Zivilregierung Cerezo ist bisher mit zwei Putschversuchen und einem vereitelten Putschversuch von Teilen des Militärs konfrontiert worden. In allen drei Fällen wurde sie von der obersten Militärführung gerettet. Es ist deshalb leicht verständlich, dass diese in der Regierung Cerezo ein de facto-Veto besitzt.

Im weiteren muss man darauf hinweisen, dass mächtige Interessengruppen, die bisher mit den Militärs zusammengearbeitet hatten, nicht von heute auf morgen ihre dominierende Stellung verlieren. In Guatemala spricht sogar einiges dafür, dass die Agrar-Grossproduzenten durch den Übergang zu einer Zivilregierung zusätzlich an Macht gewonnen haben. Sie sind verantwortlich für die Erwirtschaftung von zwei Dritteln der Deviseneinnahmen und für einen beträchtlichen Teil der Steuereinnahmen. Die Regierung ist deswegen auf Zusammenarbeit mit ihnen ange-

wiesen. Die häufig angewendete Drohung mit Produktionskürzung und Steuerstreik ist deshalb ein wirkungsvolles Druckmittel. Unglücklicherweise haben die Agrar-Grossproduzenten wenig Interesse an einer wirtschaftlichen Entwicklung Guatemalas, da ihre Märkte in der industrialisierten Welt liegen und da die Unterentwicklung auf dem Lande ihre Lohnkosten niedrig hält.

Schliesslich muss man im Auge behalten, dass die hohen Analphabetenraten — in Guatemala über 50 Prozent — und der geringe Grad an politischer Bildung in den meisten lateinamerikanischen Ländern einer Mehrheit der Bevölkerung verunmöglichen, sich ein umfassendes Bild der politischen Situation zu machen und an den Urnen gemäss ihrer eigenen Interessen zu entscheiden. Bei Gesprächen auf der Strasse in Guatemala stellt man rasch fest, dass sich die Mehrheit der Gesprächspartner von keiner politischen Partei vertreten fühlt. Keiner der prominenten Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen im letzten November wagte beispielsweise unter den derzeitigen Machtverhältnissen eine Agrarreform zum Wahlkampfthema zu machen.

Demokratisierung ist mehr als die blosse Einführung freier Wahlen. Erst wenn diese Wahlprozesse der Bevölkerung tatsächlich die Möglichkeit geben, die politischen Entscheidungen im Sinne ihrer Interessensprioritäten zu beeinflussen, kann von einer echten Demokratisierung gesprochen werden. Eine solche echte Demokratisierung lässt in Guatemala und in zahlreichen weiteren lateinamerikanischen Ländern weiterhin auf sich warten.

Werner J. Marti

War B. Traven Walther Rathenaus Halbbruder?

Gabriel Figueroa enthüllt «das grösste literarische Geheimnis dieses Jahrhunderts»

Über die Identität B. Travens, mit dessen Namen, so die Londoner «Times» am 22. Juni 1980, «das grösste literarische Geheimnis dieses Jahrhunderts» bezeichnet ist (S. 44), hat man seit den mittleren zwanziger Jahren, als seine Romane, Bestseller damals und noch heute, zu erscheinen begannen, so viel und so viel Verschiedenes gemutmasst, dass es fast zum literarischen Statussymbol geworden ist, mit Traven in Verbindung gebracht zu werden. Jack London soll er gewesen sein oder auch der durch Carlos Fuentes' *Alten Gringo* wieder aktuell gewordene Ambrose Bierce; oder der Archäologe Frans Blom; oder der mexikanische Präsident Calles, dessen späterer Nachfolger Adolfo López Mateos während seines Staatsbesuchs in Buenos Aires auf einer Pressekonferenz seinerseits gefragt wurde, ob es stimme, dass er der berühmte Grosse Geheimnisvolle der Literatur sei. Die These, Kaiser Wilhelm II. sei Travens Vater gewesen, erfreut sich seit langem, nicht erst seit den «Enthüllungen» Gerd Heidemanns im «Stern» in den sechziger Jahren, intensiver Beliebtheit. Dagegen kommen bescheidenere Herkunftshypothesen kaum an —, etwa dass der Verfasser des *Totenschiffs* und des *Schatz der Sierra Madre* der Sohn eines norwegischen Fischers oder eines Farmers aus dem Mittleren Westen gewesen sei oder auch ein Theologiestudent aus Cincinnati, der um 1900 wegen unsittlicher Handlungen von der Universität Freiburg verwiesen worden sei, oder schliesslich der deutsch-polnische Schlosserlehrling Otto Feige aus

Schwiebus bei Posen, wie die These Will Wyatts lautete, die durch seinen Fernsehfilm und seinen Recherchier-Bericht *The Man Who was B. Traven* (London 1980) weiteste Kreise erreichte. Nicht zu reden von abenteuerlicheren Hypothesen von dem Leprakranken im schwer zugänglichen mexikanischen Dschungelstaat Chiapas, von dem slowenischen Schaffirten mit den kurzen Fingern oder auch, der Kuriosität halber sei es erwähnt, von dem nie ermittelten englischsprachigen Ur-Autor, dessen Manuskripte der ehemalige Münchner Räterepublik-Revolutionär Ret Marut kurzerhand in Mexiko ins Deutsche übersetzt haben sollte ...

Traven selbst hat — manchmal — seine helle Freude an diesem Gewirr der Vermutungen gehabt. So hat er etwa seinen New Yorker Verleger Alfred Knopf in einem Brief vom 21. November 1933, dessen Durchschlag noch heute im Nachlass in Mexico City liegt, darauf aufmerksam gemacht, dass es noch eine ganze Reihe von weiteren Mystery-Stories dieser Art gäbe: ein General aus der mexikanischen Revolution solle Traven sein, ein Neffe des deutschen Kaisers, ein amerikanischer politischer Glücksritter in Nicaragua, der reichste Reeder am Pazifik, der grösste Grossgrundbesitzer in Mexico, ein aus dem Zuchthaus Fort Leavenworth oder auch Alcatraz ausgebrochener Sträfling usw. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg fügte Traven in einem Brief an den kalifornischen Journalisten William Weber Johnson, veröffentlicht in der März-Nummer 1983

des «*Smithsonian*», noch einige weitere «Identitäten» hinzu, die man vermutet habe: Hohenzollernprinz, amerikanischer Neger, Millionär mit schlechtem Gewissen, eine Frau usw. (Ich habe diese Hypothesen Revue passieren lassen in meinem 1991 auch als Paperback erschienenen Buch *B. Traven: Biographie eines Rätsels*, Büchergilde Gutenberg 1987; Diogenes Verlag 1991.)

Der Erfolg solcher Geheimnispflege blieb nicht aus. Als «*Die Welt*» am 28. März 1969 Travens Ableben meldete, hiess es: «*Mit letzter Gewissheit lässt sich über ihn nichts sagen*» (S. 21). Mit Skepsis wurden die vielen widersprüchlichen Lösungen des Rätsels nicht zuletzt auch deswegen aufgenommen, weil Travens selbsterklärter «bester Freund», Gabriel Figueroa, der Grand Old Man des mexikanischen Films, beanspruchte, die Wahrheit zu kennen, aber nicht oder noch nicht bereit war, sie preiszugeben. Will Wyatt hat seinem Interview mit Figueroa ein ganzes Kapitel seines Buches gewidmet —, ihm jedoch nicht die geringste Andeutung zu dem «wahren» Namen Travens zu entlocken vermocht. Das war um so bedauerlicher, als Figueroas Quelle prinzipiell vertrauenerweckend war. Denn Figueroa ist nicht nur mit Traven befreundet gewesen, er ist auch der Schwager und Cousin von Esperanza López Mateos, der Übersetzerin, Mitarbeiterin und engen Freundin Travens in den vierziger Jahren, die, eine Schwester Adolfo López Mateos' übrigens, 1951 nach einem Unfall beim Bergsteigen aus dem Leben ging. Und von niemand anderem als ihr, von der Frau, die eine bedeutende Rolle in Travens Leben spielte, zu der Traven zweifellos grösstes Vertrauen gehabt hat, wie seine Briefe an und über sie bezeugen, hat Figueroa das «Geheimnis» der

Identität des Starautors eines nach vielen Millionen zählenden Publikums erfahren.

Aber Figueroa behielt sein Geheimnis für sich. Travens Witwe hat er es nicht verraten. Jahrelang suchte er eine Gelegenheit, es mit Aplomb bekanntzumachen, am liebsten in Film, Fernsehen und Massenblättern.

Das ist ihm jetzt gelungen. In der Pariser Tageszeitung «*Libération*» ist am 13. Dezember 1990, in grosser Aufmachung und schon auf der Titelseite signalisiert, aufgrund eines Interviews mit Figueroa ein Artikel «*La nouvelle piste Traven*» von Ange-Dominique Bouzet erschienen, der die langerwartete Enthüllung bringt (S. 23—25). Das Geheimnis, das Figueroa mehr als vierzig Jahre lang bewahrt hat, lautet: Traven, Vorname Mauricio (Moritz), war der uneheliche Sohn von Emil Rathenau (1838—1915), dem Berliner Grossunternehmer, der als Gründer (1883) der schon zur Zeit des Ersten Weltkriegs über den ganzen Erdball verbreiteten (übrigens auch in Mexiko vertretenen) Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG) um 1900 der wohl mächtigste Mann im deutschsprachigen Wirtschaftsbereich war. Mit der Einführung des Telephons und der Glühbirne hatte er Deutschland in den Rang einer modernen Industrienation nach englisch-amerikanischem Vorbild erhoben — eine stupende Leistung, die den gelernten Ingenieur in den engeren Kreis derer katapultierte, bei denen der Kaiser ein- und ausging, mehr noch: denen Wilhelm II. zum Freund wurde. In dem Buch des Korrespondenten der «*New York Times*», Frederic William Wile, *Men Around the Kaiser: The Makers of Modern Germany*, 1914 in Indianapolis erschienen, ist Emil

Rathenau ein besonders prominentes Kapitel gewidmet, und Rudolf Martins 1910 in Berlin veröffentlichtes Buch *Deutsche Machthaber* nennt ihn «heute» in der ganzen Welt bekannt und eine der mächtigsten und angesehensten Persönlichkeiten des Deutschen Reichs, S.66, 73–74). Aus Anlass seines 150. Geburtstags erschien 1988, von Manfred Pohl herausgegeben, eine stattliche Dokumentation *Emil Rathenau und die AEG* (Berlin: von Hage und Koehler).

Die Information über die Herkunft jenes anderen Weltberühmten vertraute Esperanza López Mateos ihrem Schwager und Vetter etwa 1947 an, wie dieser auch mir bereits 1986 unter dem Siegel der Verschwiegenheit eröffnete. (Im folgenden stütze ich mich in Einzelheiten u. a. auf die damals gegebenen Auskünfte.)

Schriftlich bezeugt ist lediglich der Vorname des «wahren» Traven oder vielmehr nur, dass Esperanza ihn Mauricio zu nennen pflegte, was Figueroa übrigens auch aus seiner eigenen Erinnerung bestätigt. Bei diesem schriftlichen Zeugnis handelt es sich um das Testament Esperanzas, das «Mauricio» der Fürsorge ihres Mannes und ihres Bruders anempfiehlt. Nur der Vorname, aber dies ist immerhin das erste Mal, dass ein regulärer Vorname für Traven genannt wird. So unglaublich es klingt, war Traven sonst, selbst in der Familie (die er während der letzten zwölf Jahre seines Lebens, seit seiner Ehe mit Rosa Elena Lujan, gehabt hat) nicht unter irgendeinem regulären Vornamen bekannt, sondern nur als «Skipper» und «Hal» (Bestandteil des Pseudonyms Hal Croves, das die Fiktivität ebenso an der Stirn geschrieben trug und noch trägt wie «Traven Torsvan»,

sein Name im mexikanischen Zivilleben).

Interessant wird die Enthüllung natürlich erst durch den Nachnamen und den Zusatz, dass es sich nicht um irgendeinen Rathenau handle, sondern um die Vaterschaft des «patron», des Chefs also der AEG; Figueroa hat mir gegenüber auch vom «accionista» oder «executive» gesprochen. Gemeint wäre also der Vater des späteren deutschen Aussenministers Walther Rathenau, geb. 1867, ermordet 1922.

Den «wahren» Nachnamen Travens und die Vaterschaft des AEG-Chefs, hat Esperanza López Mateos ihrem Cousin und Schwager nur mündlich verraten, und zwar etwa 1947 im Anschluss an einen Besuch ihres Freundes Traven in dem Haus im Stadtteil Del Valle, das sie und ihr Mann Roberto Figueroa damals zusammen mit Gabriel bewohnten. Gabriel fragte nach Mauricios Nachnamen und erhielt, wohlgermerkt: nicht in Travens Gegenwart, diese Antwort: Mauricio Rathenau, Sohn des AEG-Chefs. Weiteres wurde offenbar weder bei dieser noch bei anderen Gelegenheiten, weder von Traven noch von Esperanza, dazu geäußert. Verwendet hat Figueroa den von Esperanza erfahrenen Nachnamen offenbar nie; obwohl die beiden Männer gute Freunde wurden und obwohl Figueroa sich darüber im klaren war, dass sein Freund (der mit seinem Sohn, Travens Patenkind, gelegentlich das sonst verleugnete Deutsch sprach) Traven war, nämlich der Verfasser der deutschen Romane, blieb es zwischen beiden bei «Hal Croves».

B. Traven, der grosse Geheimnistuer schon in seiner Münchner Zeit, als er als «Ret Marut» die radikal-anarchistische Zeitschrift *«Der Ziegelbrenner»*

herausgab, wäre also ein unehelicher Sohn der grauen Eminenz hinter dem Kaiserthron gewesen.

Bevor wir über die Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit der These nachdenken (hat Esperanza die Wahrheit gesagt? Hat Traven die Wahrheit gesagt oder gewusst?) wären ein paar Überlegungen zu dieser überraschenden Konstellation anzustellen. Höchst eigenartig daran ist zunächst dies: die übrigen Herkunftshypothesen, ob nun von Traven selbst ausgehend oder ermutigt oder nicht, halten es entweder mit romantisch bescheidener Geburt: als Sohn eines Fischers, Farmers, Theaterimpresarios usw., oder mit romantisch hoher Abkunft: vom Kaiser, von einem anderen Hohenzollern oder ähnlich hohen Herrn. Rathenau passt weder in das eine noch das andere dieser Schemata. Seiner Freundin Esperanza wird Traven mit *diesem* Namen kaum Eindruck gemacht haben — was ohnehin nicht nötig gewesen wäre nach allem, was über die Beziehung der beiden bekannt ist; Esperanza hat ihm viel bedeutet. Vertrauens-erweckend ist an der Geschichte also prinzipiell, einmal dass sie von Esperanza ausgeht und zum andern, dass es sich um eine entschieden «unromantische» Identifizierung handelt. Aber was spricht speziell für sie?

Figuroa selbst hat bemerkt, dass *Moritz Rathenau* ein Anagramm von *Ret Marut* und (unter Gleichstellung von u und v) von *Traven* sei. Das mag man auf sich beruhen lassen. Wichtiger wäre die Frage: Wie kann Traven selbst von der Rathenau-Connection gehört haben? Allenfalls von seiner Mutter, und zwar schon in relativ jungen Jahren, da die Mutter schon spätestens in Travens früher Teenagerzeit aus seinem

Leben verschwunden zu sein scheint, nach Andeutungen zu urteilen, die Traven seiner Frau gemacht hat. Könnte es sein, dass die von ihm selbst gelegentlich geförderte Spekulation über seine Abstammung vom letzten deutschen Kaiser in verworrener Weise zurückgeht auf das, was das unverständige Kind über den Kaiserfreund Rathenau von seiner Mutter gehört und dunkel erinnert hat?

Wieso ausgerechnet der Vorname Moritz? Freie Erfindung? (Anspielung an Wilhelm Buschs Kindergeschichte denn doch wohl nicht, in Mexico!) Zufall oder geheimer Sinn: Ernst Gottliebs *Walther-Rathenau-Bibliographie* (Berlin 1929) ist zu entnehmen, dass Emil Rathenaus zweiter Vorname Moritz war (S. 119), so verzeichnet im «bürgerlichen Aufgebot» des Standesamtes Frankfurt a.M. vom 15. September 1866; und dessen Vater (1800—1871) hiess schlicht Moritz mit Vornamen.

Wer sich, wie so viele, Gedanken darüber macht, dass der Schauspieler und dann Journalist Ret Marut, der über kein nennenswertes Einkommen verfügte, dennoch in einem vieldiskutierten undatierten Brief aus dem Winter 1911/12 an die Direktion des Düsseldorfer Schauspielhauses behaupten konnte, er sei auf die Gage nicht angewiesen, und im «*Ziegelbrenner*» wiederholt auf ein ihm zur Verfügung stehendes Privatvermögen anspielte, das es ihm offenbar erlaubte, Ende 1915 ohne Aussicht auf Einkommen sein höchst bescheidenes Düsseldorfer Engagement zu kündigen und nach München zu gehen, wo er erst zwei Jahre später das erste der «*Ziegelbrenner*»-Hefte herausbrachte, die weder damals noch später das Zeug hatten, ihn über Was-

ser zu halten (im Gegenteil!) — wer sich darüber Gedanken macht, mag jetzt an die lebensgefährliche Erkrankung Emil Rathenaus im Jahre Frühjahr 1912 und seinen Tod im Jahre 1915 denken: sollten die vielbemunkelten Gelder, die es Marut ermöglichten, ohne ersichtliches Einkommen den «Ziegelbrenner», merkwürdig unbetroffen auch von der Papierrationierung im Kaiserreich, weiterzuführen, von der Familie Rathenau stammen? Ironisch würde die Konstellation natürlich dadurch, dass die AEG nach Kriegsausbruch grössere Rüstungsaufträge erhielt, wie in Gerhard Heckers *Walther Rathenau und sein Verhältnis zu Militär und Krieg* (Boppard 1983) nachzulesen ist, und dass Walther Rathenau nach dem Tode seines Vaters als Hauptverantwortlicher für die Kriegsrüstung und Rohstoffversorgung noch im Herbst 1918 Durchhalteparolen verlautbaren liess: er hätte also seinem Halbbruder den Widerpart gemacht, der sich seinerseits radikal zum Pazifismus und zur konkreten Opposition gegen das Kaiserreich bekannte und nach dem 1. Mai 1919 als Hochverräter steckbrieflich gesucht wurde. Und Ironie der Ironien: beiden, Walther Rathenau und B. Traven, ist je ein Kapitel in dem Schullesebuch von Peter Glotz und Wolfgang R. Langenbucher *Vorbilder für Deutsche* gewidmet (München 1974).

Ferner: Walther Rathenau wurde Opfer eines Attentats rechtsradikaler Kreise; sollte Travens lebenslange Flucht in die Anonymität nicht zuletzt auch im Hinblick auf das Schicksal seines angeblichen Halbbruders zu sehen sein? Schliesslich fiel von der neuen Herkunftssensation auch ein Streiflicht auf Travens und schon Maruts widersprüchliche soziale Identifikation: seine Sympathien waren beim Proletariat,

seine Antipathien bei der Grossindustrie, besonders, sofern sie als kriegstreiberisch gesehen werden konnte — doch so, dass (wie ich in meiner Biographie dokumentiert habe) der Verdacht besteht, dass der Fürsprecher des Proletariats seinerseits aus der Schicht seiner Unterdrücker stamme.

Doch bevor solche Spekulationen die neue These zu verlockend machen: was spricht für die Vaterschaft Emil Rathenaus?

Das einschlägige AEG-Archiv und damit Emil Rathenaus Hinterlassenschaft ist 1943 verbrannt; Walther Rathenaus Nachlass ist verschollen (*Juden im Wilhelminischen Deutschland, 1890—1914*, hg. v. W.E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1976, S. 118). Aber auch wenn dem nicht so wäre: dass jemand ein Dokument hinterlässt, aus dem hervorgeht, dass er der Vater eines damals eben noch lange nicht berühmten deutschen Schriftstellers sei, entspricht wohl eher der Logik von Romanen als realistischer Psychologie. Gewiss, in der Literatur ist davon die Rede, dass die Ehe Emil Rathenaus zwischen unglücklich und gelangweilt changierte; seine vielen Reisen (die zu Damenbekanntschaften Anlass gaben) in Deutschland, Europa, nach Amerika, werden damit in Verbindung gebracht, besonders für die Jahre von 1873 bis 1883 (also bis zur Gründung der AEG, die dem rastlos privatisierenden Rathenau die entscheidende Glückswende bedeutete; Traven wurde aller Wahrscheinlichkeit nach 1882 geboren). Emil Rathenaus «Galanterie», auch Theaterbesuche werden gelegentlich erwähnt (Travens Mutter, so wird allgemein angenommen, war vermutlich Schauspielerin). Aber all das «beweist» natürlich ebensowenig wie

die Feststellung in der *Emil Rathenau-Biographie* von Felix Pinner (Leipzig 1918): «*Er schätzte an Frauen besonders die Weiblichkeit*» (S. 406) oder auch Walther Rathenaus Bemerkungen in seiner «Apologie» von 1919 über die damals in Umlauf gekommenen «*lügenhaften Beschimpfungen meines verstorbenen Vaters*».

Fazit: War B. Traven ein «geborener Rathenau»? Die Quelle (Esperanza López Mateos) wirkt prinzipiell vertrauenserweckend; das Genre des Vaters, ebenso weit entfernt von romantischer Hocharistokratie wie von romantischer Nullität und ungeeignet zu Eindrucksschinderei in Mexiko, der für Traven höchst ungewöhnliche Mittelweg zwischen Hoch- und Tiefstapelei stimmt nachdenklich; der Vorname Moritz (der sonst nie, weder vorher noch später, «aktenkundig» geworden ist) hat quasi familientraditionelle

Beziehungen zu den Berliner Rathenaus; Maruts verbissener politischer Aktivismus in der Weltkriegszeit und die lebenslange Animosität Marut/Travens gegen die Macht der Industrie und ihr Profitdenken gewinnt den Akzent psychologischer Plausibilität durch die Annahme einer Vaterschaft wie der Emil Rathenaus. Dass diese undenkbar ist, bleibt unbeweisbar. Darauf kommt es allerdings nicht an. Zu beweisen wäre vielmehr zumindest ihre Wahrscheinlichkeit. Das jedoch bleibt, der Natur der Sache nach und in Anbetracht des speziellen Nachlass-Schicksals unmöglich. Man hat letztlich bestenfalls Travens Wort — aus dritter Hand. Der aber hat sich allerlei Väter zugelegt, was der Psychologie des unehelich Geborenen entsprechen mag. Der Biograph wird sich hüten, die neusten «Enthüllungen» für die endgültige Lösung des Rätsels zu halten.

Karl S. Guthke

Andere Welt — andere Menschen?

Nachdenkliches zu verschiedenen Jubiläen

Soviel im voraus über die im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft geplanten Festivitäten geschrieben und auf Vorrat verdammt wurde — dem Bürger, der das Gebotene vorbehaltlos aufzunehmen bereit ist, haben sie schon einiges gegeben. Es sei jetzt weniger an die offiziellen Feiern gedacht. Allerdings auch sie, die im für CH-91 geschaffenen «Zeltdom» am 10. Januar in der Südschweiz in unpathetischer Festlichkeit eröffnet wurden und, «life»

übertragen, jedem, der wollte, zugänglich waren, sind dem Auftrag nachgekommen: Die Veranstalter sind weder der Versuchung unangebrachten «Nachruhms» noch dem Fehler übertriebener Selbstkritik verfallen. Nach den von Musik umrahmten Ansprachen, die zur Besinnung mahnten, ist am Abend desselben Tages mit einem richtigen Volksfest in den Gassen des alten Bellenz auch die Freude zu ihrem Recht gekommen. — Seither sind

andernorts andere Festakte und Auf-
führungen — Veranstaltungen mannig-
facher Art, einmal den Künsten huldi-
gend, dann wieder mehr das Volkstüm-
liche pflegend — über die Bühne gegan-
gen. Vor allem aber hat manche
Gedenkstunde auch zu politischen
Gesprächen Anlass gegeben. Es sei
jetzt nur ganz am Rand und ohne dazu
Stellung zu nehmen, an die Einberu-
fung eines «Frauenparlaments» in die
Bundesstadt erinnert . . .

*

Der heutige Beitrag sei Stillerm
gewidmet. Arbeiten, von langer Hand
vorbereitet, im Jubiläumsjahr dem
Besonderen schweizerischer Existenz
— bemerkenswerten Errungenschaften
oder auch nur Eigenarten — näher zu
kommen und damit auf bedrohte Werte
aufmerksam zu machen.

Unter den mit solcher Zielsetzung
geschaffenen staatspolitischen Doku-
mentationen wäre vor allem der ein hal-
bes tausend Seiten starke Prachtsband
hervorzuheben, den der Zuger *Paul
Stadlin* den kantonalen Parlamenten
gewidmet hat: «*Die Parlamente der
schweizerischen Kantone*» — so der
Titel — enthüllt vor dem faszinierten
Leser mit an den verschiedenen «Tator-
ten» verfassten sogenannten Selbstpor-
träts die parlamentarische Wirklichkeit
in den 26 Kantonen und Halbkantonen.
Sie werden dadurch noch lesens-
werter, als in einem hilfreichen all-
gemeinen Teil auf Unterschiede und
Wandlungen im Verhältnis des Bürgers
zu seinem Staat aufmerksam gemacht
wird. So werden Zusammenhänge klar,
wie sie mit der Umwandlung des
Rechtsstaates in einen Leistungs- und
Dienstleistungsstaat in Erscheinung
treten und das Engagement eines «vom

*Wohlstandsdenken geprägten Privatis-
mus*» (Andreas Iten) für die staatlichen
Angelegenheiten beeinflussen, ja ironi-
scherweise immer mehr verkümmern
lassen. — Soviel zu einer allgemeinen
Erscheinung. Im einzelnen lässt sich
köstlich über die Gründe disputieren
und nachdenken, die einen Grossen
Rat hier schriftdeutsch, dort in der Dia-
lektsprache die Verhandlungen führen
lassen. Oder darüber, weshalb bei-
spielsweise in den Urkantonen noch
auf ein Antreten «*in schicklicher Klei-
dung*» geachtet, ja in der traditionsbe-
wussten Waadt dem Grossratspräsi-
denten sogar «*veston noir*» und «*panta-
lon grillé*» vorgeschrieben wird, wäh-
rend in andern Ratsälen längst vor der
allgemeinen Auflockerung der Sitten
kapituliert wurde. Mag man sich auch
über solche «Lappalien» nicht weiter
aufhalten — sie haben tiefere Wurzeln,
die für die Staatsführung nicht ganz
gleichgültig sind.

*

Steht dieses parlamentarische Kom-
pendium als «*pars pro toto*» für all die
zahlreichen, ringsum im Land auf das
Jubiläumsjahr herausgegebenen und
noch zur Publikation angekündeten
Schriften, sei nun die Aufmerksamkeit
einem zweiten Aspekt mehr oder weni-
ger wissenschaftlicher Auseinanderset-
zung mit der Zeitgeschichte zugewen-
det: Darstellungen, die in zeitgemässer
Aufmachung für das, was ausgespro-
chen werden möchte, des bildlichen
Ausdrucks sorgfältig komponierter
Ausstellungen sich bedienen.

Als Beispiel dafür wäre der vom
Besucher der Basler «MUBA» in einem
50 Meter langen Parcours absolvierte
Rundgang durch die letzten 50 Jahre
Schweizergeschichte hervorzuheben.
«*Die Schweiz unterwegs*» — unter die-

sem Motto zeichneten 500 Bilder, mit plakativen Stichworten erläutert, eine Epoche nach, in der sich mehr Veränderungen vollzogen, als dem Zeitgenossen bewusst geworden ist. Aus schon in der letzten Kriegsphase geplanten Vorbereitungen zur Abwehr einer allgemein erwarteten grossen Nachkriegskrise, die damals bis weit in bürgerliche Kreise von der Erlebnisgemeinschaft des Aktivdienstes geprägten Konzeptionen solidarischen bis sozialistischen Charakters Auftrieb gaben, sind schliesslich Schöpfungen wie die AHV und die Neuen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung herausgewachsen. Die mit dem Alters- und Hinterlassenenversicherungsprojekt von 1947 verwirklichten Versicherungsansprüche mögen im Rückblick lächerlich gering erscheinen. Sie sind von Menschen, die noch die Bescheidenheit gewohnt waren, mit dem Eingeständnis dankbar entgegengenommen worden, dass sie es «*noch nie so gut gehabt*» hätten . . .

Es ist dann statt zur grossen Wirtschaftskrise zu einem Wachstum gekommen, das alle Vorstellungen übertroffen hat. Das Wachstum hing mit dem unerwarteten Erfolg internationaler Aktivitäten zum Wiederaufbau der kriegsverwüsteten Länder zusammen (Marshall-Plan). Der landeseigene Anteil basierte zum Teil auf einem im Unterschied zur Aussenwelt unzerstört gebliebenen Wirtschaftsapparat. Er hatte aber auch einen zweiten wesentlichen Grund: das zwischen weitsichtigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallindustrie 1937 abgeschlossene, auf andere Wirtschaftszweige ausstrahlende «*Friedensabkommen*» hat den Arbeitsfrieden bewahrt und damit ein solides Fundament für das Wohlergehen gelegt.

Zugleich hat sich allerdings auch anderes ereignet, das sich auf die Dauer weniger bewährt: Die alle Lebensbereiche sukzessive erfassende, nicht abreisende Verlagerung der Gewichte auf selbsttätig werdende Automatismen, die uns unter anderem eine fragwürdige Medienlandschaft bescherten, früher unbekannte Konsumbedürfnisse immer üppiger ins Kraut schiessen lassen und ganz neue Probleme für die Innen- und die Umwelt zur Folge haben, diese Umlagerung der Gewichte erschüttert die eben erst gefestigten Fundamente. «*Malaise*», Jugendkrawalle, Separationsbestrebungen ganzer, sich unverstanden fühlender Volksteile (Jurafrage), Emanzipation der Frau im politischen (Frauenstimmrecht) und wirtschaftlichen Bereich («*Gleiche Rechte*») geben gesellschaftlichen Veränderungen Ausdruck, wie sie diese fördern. So genau lässt sich die Frage, was zuerst war — Huhn oder Ei — nicht beantworten. Der Wandel ist in vollem Gang, wobei Internationale Ereignisse mehr und mehr das Geschehen im Inland beeinflussen. Einmal mögen sie, wie der Prozess der Europäischen Einigung, mit unliebsamen Erscheinungen (EG-Verkehrsdiktat) alten schweizerischen Widerstandsgeist wecken und den Willen zur Gegenläufigkeit stärken. Dann wieder — am deutlichsten angesichts des Zusammenbruchs der kommunistischen Wirtschafts- und Machtsysteme — unterstützen sie vor kurzem noch völlig undenkbar politische Initiativen, wie einen Vorstoss auf Abschaffung der Armee.

*

Landesverteidigung — das Stichwort ruft die Erinnerung an eine Veranstaltungsreihe wach, die vor zwei Jahren

aus Anlass des 50. Jahrestags der Mobilmachung 1939 zu Gedanken führte, die den heutigen Äusserungen verwandt sind. Die «Diamant-Anlässe» der Aktivdienstveteranen haben 1989 schon ähnliche Überlegungen zutage gefördert, wie sie heute sich wieder aufdrängen: Wenn angeborene schweizerische Nüchternheit es nicht liebt, grosse Worte in den Mund zu nehmen, ja, wenn damals darüber hinaus versucht wurde, was an patriotischen Gefühlen im Schweizervolk erhalten geblieben, durch systematische Zerstörung der Mythen aus dem Wege zu räumen, sind letztlich jene Veranstaltungen doch zu einem Erlebnis geworden. Jedenfalls für alle, die daran teilgenommen haben.

Der haftende Eindruck war ebenfalls von einer Ausstellung ausgegangen: von der grossen Sonderausstellung im Berner Kasernenareal und ihren kleineren Ablegern im Land herum. Sie haben mit Bild- und Tondokumenten sowie lebensnah gestalteten «Milieu-Aufbauten» aus der Zeit dem Besucher die Lebensumstände eines Volkes nahegebracht, das noch anders gelebt hat. Vor nur fünfzig Jahren! — Für die Alten war es eine Wiederbegegnung mit einer vergessengegangenen Umwelt. «Die Schweiz von 1939 ist ein ganz anderes Land gewesen als die von 1989 es heute ist», hat der Chronist unter dem frischen Eindruck der Schau geschrieben.

Und wie manches sich im Äusseren geändert hat, so ist für das Verständnis viel kritisierte Entscheidungen der Krisen- und Kriegsjahre bedeutsam gewesen, was der neue Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements, Kaspar Villiger, im gleichen Zusammenhang den Zeitgenossen zu bedenken gegeben hat, denen die Kritik so leicht von der Zunge ging: «Es ist leich-

ter, aber nicht unbedingt sinnvoll, vom sicheren Port aus an Entscheidungen im nachhinein Kritik zu üben, die in einer ganz anderen Situation, im Kampf um das Überleben, getroffen wurden — getroffen werden mussten!»

*

Soviel zu Wandlungen in nur 50 Jahren. Heute begehen wir Jahrhundert-Jubiläen. Gleich deren zwei: mit den 700 Jahren Eidgenossenschaft gilt es, 800 Jahre Bern zu feiern. Dabei verheisst das Berner Erinnerungsjahr, dem Lokalkolorit entsprechend, besonders liebevoll ausgedachte Höhepunkte: «Berner Visite» und «Berner Rendez-vous» muntern einerseits das ganze Berner Volk zu Besuchen der 27 Bezirkshauptorte auf, umgekehrt sind alle heutigen und ehemaligen Regionen des einst mächtigsten Standes der Eidgenossenschaft in die Kantonshauptstadt und Bundesstadt zu einem grossen Fest eingeladen. Und es soll darüber hinaus noch zu vielen anderen Begegnungen kommen, von denen man sich als verheissungsvollste das Wiederaufleben der alten «Münsterspiele» in der Agenda notiert hat.

Weshalb aber dieser Abstecher vom eidgenössischen zum kantonalen und städtischen Bern? — Eben darum, weil es wiederum eine Ausstellung ist, die vor allem andern den vergangenheitsorientierten Zeitgenossen beeindruckte: Vom 11. Januar bis Ostern war an historischer Stätte, in renovierten Kammern und Zellen des «Käfturms», ein dem *Berner Jubiläum 1891* gewidmetes «Son-et-lumière-Kammerspiel» zu erleben, das mit seinen Szenen den Chronisten weniger amüsiert als recht eigentlich betroffen gemacht hat: «Dass sich die Menschen in hundert Jahren so verändert haben!»

Nicht erst der Zweite Weltkrieg hatte eine Zäsur zur Folge. Schon 1914/18 waren Jahre von unwälzendem Einfluss, wobei es damals noch weniger um soziale als um politische Veränderungen ging. So hat der Erste Weltkrieg, der im Unterschied zu seinem Nachfolger noch keinen Lohnersatz und noch keine so ausgeklügelte Rationierung der notwendigen Lebensmittel kannte, Spannungen zwischen «Volksklassen» und Landesteilen gebracht. Der Graben zwischen deutscher und welscher Schweiz nennt eine ernstliche Gefahr, die den Zusammenhalt auf die Probe stellte, dank wieder einkehrender Besinnung aber bestanden wurde. Anders die schwierige Lage der Fabrikarbeiter, die von manchem Bauern ausgenützt wurde und darüber hinaus ein eigentliches Spekulationsfieber auslöste, dem damals kein Riegel geschoben werden konnte. Diese Erscheinungen haben sich im Landesstreik von 1918 explosionsartig Luft gemacht und 1919 zu den ersten Proporzahlen für den Nationalrat geführt. Sie brachten nicht nur im Parlament politische Verschiebungen, sondern zum Teil noch im selben Jahr auch Gewichtsverlagerungen in der Zusammensetzung des bis dahin einseitig freisinnig dominierten Bundesrats.

All das nur am Rande vermerkt. Von ihm ist in der Video-Schau denn auch nicht die Rede gewesen. Um so mehr verblüffte diese einen im späten 20. Jahrhundert lebenden Bürger mit der nicht mehr nachvollziehbaren vaterländischen Pathetik. Ein in «hehrer» Tonart und Aufmachung gestelztes

Festspiel, ebenso hohl tönende Festansprachen und ein mit seinen Wagenkullissen papierenen anmutender Festzug, die da wieder aufgeführt wurden, liessen es geradezu unwahrscheinlich erscheinen, dass solches einmal ein Volk zu begeistern vermochte. Und doch: wie Peter Dürrenmatt in seiner 1976 erschienenen «Schweizer Geschichte» zur 600-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft von 1891 schreibt, die in etwa der Berner 700-Jahr-Feier entsprochen haben dürfte: «Diese Manifestationen wurden als «schweizerisches Ereignis» im umfassenden Sinn des Wortes» empfunden. Nicht von ungefähr ist im gleichen Jahr auch der 1. August zum «Nationalfeiertag» erklärt worden.

Eine andere Welt — andere Menschen? Die in der Überschrift zu diesem Kommentar mit einem Fragezeichen versehene These mag insoweit zutreffen, als die Menschen, die die Welt geändert haben, dabei selber anders geworden sind. Ob besser oder schlechter? Das ist hier nicht die Frage. Etwas mehr von der zuversichtlichen Gläubigkeit der Vorfahren würde unserer Gegenwart nicht schaden . . . Übrigens: Als der Chronist dieser Tage aus Gründen seiner Ortsverbundenheit den Konzert- und Theaterabend der Dorfmusik in einer Berner Agglomerationsgemeinde besuchte, hat er es in der kleinstädtisch-bäuerlich dominierten Turnhalle, in der dieses Fest zelebriert wurde, in gewissem Sinn als tröstlich empfunden: Bei allen äusseren Veränderungen — so anders sind wir doch auch wieder nicht!

Arnold Fisch